

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 44/19-23) des Beirates Neustadt am Donnerstag, den 19.01.2023,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, von 19:00 bis 21:45 Uhr

Anwesend:

Hadis Halep	Ingo Mose	Ramona Seeger
Ulrike Heuer	Janne Müller	Annette Yildirim
Lars Köke	Jens Oppermann	Wolfgang Schnecking
Bithja Menzel	Britta Schmidt	Renee Wagner (bis 21:17 Uhr)

Fehlend: Robert Mero (e), Johannes Osterkamp (e), Sascha Uecker (e), Anke Maurer (e), Wolfgang Meyer

Referent:innen: Herr Gieseler und Frau Kleinfeld (SKUMS), Herr Ketelhut (Verein für Innere Mission e.V.), Frau Hinrichsen und Frau Nowack (Senatorin für Kinder und Bildung)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit der Sitzung wird festgestellt und die vorgeschlagene Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 15.12.2022 (Nr. 43/19-23)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird mit der zuvor von Jens Oppermann beantragten Ergänzung um die Anträge zu Straßenbenennungen (Scharnhorst-Quartier und Neustadtsgüterbahnhof) genehmigt. (9 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Ein anwesender Bürger berichtet, dass der Austausch von LED-Leuchten in der Friedrich-Wilhelm-Straße gut funktioniert habe.
- Zudem wird darauf hingewiesen, dass der Papierkorb an der Piepe überquillt und das Reinigungsintervall erhöht werden sollte.
- Mehrere Anwohner der Theodor-Storm-Straße kritisieren die geplante Errichtung eines Altglas- und Alttextilcontainers in ihrer Straße, zu welcher der Fachausschuss Umwelt, Bau, Mobilität in seiner Sitzung am 11.01.2023 eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Die anwesenden Bürger:innen sehen zwar grundsätzlich den Bedarf, jedoch gebe es geeignetere Orte, wie z.B. an der Ecke Schleiermacherstraße, wo vor geraumer Zeit bereits Container vorhanden waren. Ein weiterer Alternativvorschlag ist die Platzierung am Ende der Meyerstraße (am Verbindungsweg zur Neuenlanderstraße).

Der zurzeit geplante Standort sei ungeeignet, da er das ohnehin hohe Verkehrsaufkommen erhöhen und Parkraum beseitigen würde. Ohnehin sei hier die Einführung von Bewohnerparken erforderlich, um die angespannte Parksituation zu entlasten.

Die anwesenden Anwohner:innen stellen drei Anträge: Aussetzung der Ertüchtigung, Überprüfung des Standortes und Verwerfung der bisherigen Planung.

Die Sprecherin des Fachausschusses Umwelt, Bau, Mobilität äußert, dass die positive Stellungnahme vom Ausschuss gut gemeint gewesen sei und der Standort seitens der Stadtreinigung unter Abwägung vieler Faktoren erfolgt sei. Vor dem Hintergrund des nun vorgebrachten Protests wird eine Prüfung des Sachverhaltes in Aussicht gestellt.

Hinsichtlich der Parksituation wird vom stellvertretenden Beiratssprecher hinzugefügt, dass eine ganzheitliche Lösung für die Neustadt erforderlich sei.

- Von einer Vertreterin der Bürgerinitiative Delmestraße wird ein Antrag vorgestellt, den sie dem Beirat vorgelegt hat. Nach Beratung und vorheriger Absprache mit dem Umweltbetrieb Bremen habe man eigenständig Bäume gepflanzt, welche nun entfernt werden sollen.

Man habe die Bäume nach Abwägung und vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen ausgewählt. Anschließend sei man von der senatorischen Behörde aufgefordert worden, die Bäume wieder zu entfernen. Daher wünsche man sich vom Beirat einen unterstützenden Beschluss.

Anschließend wird der Bürgerantrag vorgelesen.

Der Ortsamtsleiter erläutert anschließend die Umstände des Sachverhaltes. Die Nachricht über den bestehenden Konflikt habe das Ortsamt kurz vor den Weihnachtsfeiertagen erreicht und man sei nun in Terminabstimmung mit allen Beteiligten, um ein Gespräch zur Deeskalation des Konfliktes zu führen.

Der Beiratssprecher dankt der Initiative für das Einbringen ihres Antrages. Wichtig sei nun zunächst, dass man im konstruktiven Austausch bleibe und nicht „Fakten geschaffen“ werden. Der Beirat sei generell für den Erhalt und die Neupflanzung von Bäumen. Zum Streitpunkt müssten jedoch zunächst die vom Ortsamt initiierten Gespräche abgewartet werden, damit gemeinsam ein tragfähiger und nachhaltiger Weg gefunden werden kann. Ein Beschluss zum Antrag während der laufenden Sitzung sei nicht möglich, da es der Geschäftsordnung des Beirates widersprechen würde.

Vom stellvertretenden Beiratssprecher wird hinzugefügt, dass der Antrag im üblichen Verfahren gemäß der Geschäftsordnung des Beirates behandelt werde. Hinsichtlich der Baumauswahl gab es unterschiedliche Informationen, die zu Missverständnisse führten, welche im kommenden Gespräch ausgeräumt werden sollen.

- Eine anwesende Bürgerin kritisiert das Parken in zweiter Reihe im Kirchweg. Hierzu äußert der anwesende Polizist, dass die problematische Situation bekannt sei, es sich im Kirchweg verkehrrechtlich faktisch jedoch nicht um Parken in der zweiten Reihe handele. Es werde vom Amt für Straßen und Verkehr geprüft, wie eine Lösung der Situation aussehen könne.
- Zudem wird von der Bürgerin vorgebracht, dass am Buntentorsdeich noch nicht alle der geplanten Laternen aufgestellt worden seien. Vorhandene Rohre wurden entfernt und es würden noch zwei Laternen fehlen.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- Der Beiratssprecher wünscht allen Anwesenden ein gutes neues Jahr und vor allem Gesundheit. Er bring seine Freude über das zahlreiche Erscheinen von Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck und begrüßt ausdrücklich entsprechendes bürgerliches Engagement.

- **Berichte des Amtes**

- Am 10.02.2023 findet ab 10:00 Uhr die Einweihung des neuen Unterstandes auf dem Lucie-Flechtmann-Platz statt.

TOP 4. Gesamtbetrachtung Sanierungsgebiet Huckelriede

- Nach kurzer Einleitung von Herrn Gieseler stellt Frau Kleinfeld von Cappel+Kranzhoff Stadtentwicklung und Planung GmbH die Gesamtbetrachtung des Sanierungsgebietes Huckelriede anhand einer [Präsentation](#) vor.

Im Anschluss danken mehrere Beiratsmitglieder für die Präsentation und die erfolgten Planungen. Der entstandene Bericht spiegelt die guten Entwicklungen wider. Der Fachausschussprecher für Sozialökologische Stadtentwicklung regt eine weitere aktive Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Gestaltung von Huckelriede an.

Hinsichtlich der Gewerbeentwicklung äußert Frau Kleinfeld, dass die Wirtschaftsförderung aktiv auf Unternehmen zugehe. Die senatorische Behörde für Stadtentwicklung habe hier keine großen Handlungsmöglichkeiten.

Ein Bürger regt an, die Kornstraße im Bereich Huckelriede zu entlasten und das Quartier in Richtung Neuenlander Straße zu öffnen.

Im Hinblick auf die Sozialbindung in Teilen von Huckelriede äußert Frau Kleinfeld, dass der zuvor gedeckelte Mietpreis im Zuge der Sanierung nicht aufrechterhalten werde. Mieten könnten entsprechend erhöht werden.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes wird zunächst der [Beschlussvorschlag der SPD](#) verlesen.

Da hierzu der folgende Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vorliegt, wird dieser ebenfalls verlesen: „Der Beirat wird in einem konstruktiv geführten Dialog mit der Bezirksplanung und sonstigen Projektverantwortlichen die im Bericht aufgeführten Schlüsselprojekte *und ihre Umsetzung aktiv und kritisch begleiten.*“

Ein Beiratsmitglied spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Dass man sich (wie im Änderungsantrag hervorgehoben) kritisch mit den weiteren Maßnahmen auseinandersetze, sei selbstverständlich.

Anschließend wird über den Änderungsantrag abgestimmt. (2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Nachdem der Änderungsantrag abgelehnt wurde, wird über den Beschlussvorschlag der SPD abgestimmt.

Beschluss: Der Beirat dankt der SKUMS für den Bericht „Integrierte Gesamtbetrachtung für das Sanierungsgebiet Huckelriede/Sielhof“. Der Beirat nimmt die im Bericht dargelegte Problem- und Potentialanalyse zur Kenntnis. Der Beirat wird die im Bericht erläuterten Entwicklungsstrategie 203X bei zukünftigen Entscheidungen zu Projekten der Stadtentwicklung zur Orientierung heranziehen. Der Beirat wird in einem konstruktiv geführten Dialog mit der Bezirksplanung und sonstigen Projektverantwortlichen die im Bericht aufgeführten Schlüsselprojekte aktiv begleiten und an deren Umsetzung mitwirken. (9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 5. Stellungnahme zum B-Plan 2351 (Koch & Bergfeld), öffentliche Auslegung

- Da hinsichtlich der Planung keine Bedenken bestehen, nimmt der Beirat sie ohne weitere Stellungnahme zur Kenntnis.

TOP 6. Stellungnahme zur Schließung des Pflegeheims Kirchweg

- Zunächst wird die [Stellungnahme der Beiratssprecher](#) verlesen.

Die anwesenden Vertreterinnen der senatorischen Sozialbehörde bestätigen anschließend, erst im November von der Insolvenz erfahren zu haben. In der Folge hätten sehr viele Gespräche stattgefunden, die das Ziel einer Verhinderung der Schließung des Pflegeheims hatten. Da der Insolvenzverwalter persönlich haftbar gewesen wäre und ein Weiterbetrieb aus der Insolvenzmasse nicht möglich gewesen sei da keine Insolvenzmasse vorhanden war, sei eine schnelle Beschlussfassung bei der Sozialsenatorin zur Übernahme von maximal 500.000€ für den kurzfristigen Weiterbetrieb erfolgt. Voraussichtlich würden diese nicht ausgeschöpft, aber definitiv werde ein Defizit erwartet.

Stand heute seien bereits 46 von 89 Bewohnern ausgezogen und in anderen Pflegeheimen untergebracht worden. Man gehe davon aus, dass bis zum 13.02.2023 alle Bewohner:innen ausgezogen sein werden. Die Menschen seien in sehr unterschiedlichen Einrichtungen untergekommen.

Bzgl. der Mitarbeitenden erklärt Frau Hinrichsen, dass man im Kontakt zu mehreren Einrichtungen stehe. Viele der Pflegekräfte würden die Schließung zum Anlass nehmen, aus der Pflege auszutreten, da sie ausgebrannt sind. Diesbezüglich würden ebenfalls Gespräche geführt, um die Mitarbeitenden zu ermutigen, sich geeignete Alternativen zu suchen.

Herr Ketelhut von der Inneren Mission erklärt, dass man sehr betroffen sei, dass die jetzige Situation eingetreten sei. Die Situation der Mitarbeitenden und Angehörigen lasse den Verein ebenfalls nicht kalt. Für Wut, Trauer und Enttäuschung bestehe großes Verständnis. Der Verein habe immer das Ziel gehabt, die Einrichtung gut in die Zukunft zu bringen. Da man sich selbst nicht in der Lage gesehen habe, diese Zukunft zu gewährleisten, habe man sich für einen anderen, erfahrenen Betreiber entschieden. Sowohl die wirtschaftliche Situation des Betriebes als auch die bauliche Situation der Immobilie sei genau betrachtet worden. Die Leben im Alter gGmbH habe versichert, den Weiterbetrieb zu gewährleisten. Die Innere Mission habe der Leben im Alter gGmbH immer signalisiert, dass man die Immobilie so lange zur Verfügung stelle, wie sie gebraucht werde. Im Nachhinein müsse man zugeben, dass man sich getäuscht habe. Mitte 2022 habe man erste Signale über eine wirtschaftliche Schieflage erhalten, woraufhin der Verein Unterstützungsangebote gemacht habe. Die Leben im Alter gGmbH sei gebeten worden, einen runden Tisch mit allen Beteiligten einzuberufen, um strukturelle Veränderungen umzusetzen. Mit Stellung des Insolvenzantrages seien dann nur noch zwei Monate Zeit gewesen.

Als mögliche Lösung habe sich zunächst die Stiftung Lobetal herauskristallisiert. Hierzu hätten 10 Tage vor Weihnachten intensive Gespräche stattgefunden. Obwohl alle von der Stiftung Lobetal geforderten Bedingungen erfüllt worden seien, sei Lobetal am 20.12.2022 abgesprungen.

Zur Stellungnahme der Beiratssprecher äußert Herr Ketelhut, dass die Innere Mission anderer Auffassung als der Beirat sei. Ein Gutachten habe ergeben, dass die Immobilie in einem altersgerechten Zustand sei. Hinsichtlich der Miethöhe sei eine Prüfung erfolgt, die ergeben habe, dass die veranschlagte Höhe im üblichen Rahmen für eine Pflegeeinrichtung der Größe sei. Alle Mängel, die bekannt waren, seien zudem instandgesetzt worden. Was nun mit der Immobilie geschehe, sei unklar. Herr Ketelhut berichtet zudem, dass Gespräche über eine Beteiligung der Inneren Mission an den entstandenen Kosten für den Staat geführt werden.

Von mehreren Beiratsmitgliedern wird Betroffenheit und Unverständnis für die eingetretene Situation zum Ausdruck gebracht. Die beschriebenen Mängel (z.B. nicht funktionierender Fahrstuhl) würden darauf hindeuten, dass die Immobilie entgegen der Ausführung von Herrn Ketelhut nicht in einem angemessenen Zustand sei. Der Begriff „altersgerechter Zustand“ sei in diesem Zusammenhang zudem nicht aussagekräftig. Man habe als diakonischer Träger die Verantwortung, dass die Pflege älterer Menschen angemessen funktioniere, auch wenn der Auftrag ausgelagert wird. Eigentlich erziele die Betreiberfirma hohe Einnahmen pro Bewohner, sodass sich die Frage aufdränge, wo das Geld geblieben sei und wie es zu einer Insolvenz kommen konnte. Dass die Insolvenz des Betriebes ungeachtet der Tatsache, dass es sich um Menschen handelt, abgewickelt wurde, als handle es sich um den Umgang mit Waren, sei inakzeptabel. Zudem wird von einem Beiratsmitglied bemängelt, dass niemand die Verantwortung für die Situation übernehme.

Anschließend wird der vorliegende [Antrag](#) der Fraktion Die Linke verlesen.

Von mehreren Beiratsmitgliedern wird dafür plädiert, den Antrag aufgrund der neuen Entwicklungen des Sachverhaltes nicht zu beschließen, sondern eine Vertagung und eine Verschiebung in einen Ausschuss vorzunehmen. Der zweite Punkt des Antrages sollte zunächst fachkundig beraten werden. Die Vertreterin der Fraktion Die Linke stimmt einer Vertagung des Antrages zu. Es wird sich darauf geeinigt, die Thematik und den Antrag im Fachausschuss Soziales, Bildung und Jugend im Februar weiter zu behandeln.

Anschließend wird die Stellungnahme der Beiratssprecher zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt hat aus der Presse erfahren, dass das Pflege- und Altenheim am Kirchweg in Insolvenz geht und 90 Bewohnerinnen und Bewohner das Haus bis Ende Februar 2023 verlassen müssen. Im Rahmen der vorläufigen Insolvenz ist es nicht gelungen, einen neuen Träger zu finden.

Aus Sicht des Beirats Neustadt sind für diese desaströse Entwicklung und Situation des Pflegeheims die kirchlichen Träger mitverantwortlich. Unserer Kenntnis nach wurde der Betrieb des Pflegeheims von der Inneren Mission Bremen so organisiert, dass sie weiterhin das Eigentum am Grundstück und Gebäude hält. Für den Betrieb - und damit für die Verträge mit den Bewohnern - war eine vermögenslose Betriebsgesellschaft, die Leben im Alter gGmbH, eine Tochter des Diakonievereins Berlin-Zehlendorf, zuständig.

Nach Aussage der Mitarbeiter:innenvertretung ist das Haus in einem desolaten Zustand. Notwendige Reparaturen, wie nicht funktionierende Fahrstühle, verstopfte Abwasserleitungen, einer bei Minusgraden defekten Heizung und einer regelmäßig ausfallenden Klingelanlage, sowie all die anderen baulichen Unzulänglichkeiten, wurden nicht ausgeführt. Das wiederum führte dazu, dass der Betreiber mehr Personal, auch über personalkostenaufwendige Leiharbeit, einsetzen musste. Dieser personelle Mehrbedarf konnte offenbar mit den Pflegekassen nicht verhandelt werden.

Begünstigt hat die Insolvenz auch die vor Jahren durchgeführte Pflegereform. Die Politik hat den Zugang für Kapitalanleger auf den Pflegemarkt eröffnet. Das führt einerseits dazu, dass Pflegeheime zunehmend durch Kapitalanleger gebaut, gewinnbringend vermietet und für den Betrieb Betreibergesellschaften gesucht und verantwortlich gemacht werden. Zudem ist der Betrieb von Pflegeeinrichtungen fast ausschließlich im Verbund mit anderen wirtschaftlich. Betreiber einzelner Einrichtungen können diese kaum wirtschaftlich betreiben.

Mit der Schließung des Gebäudes verlieren die Bewohner:innen ihre vertraute Umgebung und ihre Bezüge zu den Menschen im Stadtteil. Menschen, deren Ziel es war in dieser Pflegeeinrichtung ihren Lebensabend zu verbringen. Mit der Schließung verliert die Neustadt aber auch 110 Pflege- und Altenheimplätze, ohne dass eine Kompensation an gleicher oder anderer Stelle stattfindet. Denn die Schaffung neuer Pflegeplätze auf dem ehemaligen Gelände der Silberwarenfabrik Koch und Bergfeld wird sich noch über mindestens zwei Jahre hinziehen.

Der Beirat Neustadt hält es für menschenunwürdig wie hier mit den Bewohnerinnen und Beschäftigten umgegangen wird. Diese Menschen haben ihren Wohnsitz und ihren Arbeitsplatz im Haus am Kirchweg verloren. Die kirchliche Einrichtung hat den Bewohnerinnen Pflege und Betreuung vertraglich zugesagt und dafür bezahlen sie auch. Der verfassungsrechtliche Schutz auf Wohnen ist im Zuge der Insolvenz nichts mehr wert. Die Menschen müssen gegen ihren Willen umziehen und ihren Wohnsitz in andere Stadtteile und Häuser verlagern. Mitarbeiter:innen verlieren ihren Arbeitsplatz am Kirchweg und müssen sich andere Träger und Beschäftigung suchen.

Selbst die Sozialbehörde hat erst im November 2022 von der Schließung erfahren. Durch das entschlossene Handeln der Sozialbehörde ist es gelungen, die Bewohner:innen nach dem Scheitern der Betriebsübergabe, vor einem sofortigen Auszug zu bewahren. Unter Anwendung des Ortspolizeirechts konnte die Frist bis zum Auszug bis Ende Februar verlängert werden. Die Kosten für den Betrieb der Einrichtung übernimmt bis dahin die öffentliche Hand.

Wir danken allen beteiligten Trägern, die unbürokratisch Pflegeplätze zur Verfügung stellen und der Sozialsenatorin für Übergangslösung bis Ende Februar 2023. (einstimmig)

TOP 7. Beschlussfassung zum Antrag „Green First“ (Beschlussvorschlag der Fraktion Die Grünen)

Zunächst erfolgt die Vorstellung des [Beschlussvorschlages](#) der Grünen, zu dem der folgende Ergänzungsvorschlag der Fraktion Die Linke vorliegt:

„Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, dem Beirat bis Ende 2023 über den aktuellen Stand der Umsetzung zu berichten. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass bestehende Bäume weitestgehend erhalten werden.“

Es erfolgt die Abstimmung über die Aufnahme der Ergänzung in den Beschluss. (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt und freut sich sehr, dass die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau im Rahmen des Projekts „Green First – Mit Stadtbäumen zur klimagerechten und durchgrünerten Stadt“ auch Neupflanzungen in der Neustadt plant: entlang des erst vor wenigen Jahren neu angelegten Fuß- und Radweges am Friesenwerder, parallel verlaufend zur Straße Am Neustadtsbahnhof, sollen in den wegebegleitende Baumreihen aus Linden und Eichen jetzt noch vorhandene Lücken geschlossen werden. Es sind insgesamt 16 neue Bäume - sogenannte Blumen-Eschen (*Fraxinus ornus*) - geplant. Außerdem soll im Bereich der Baumgruben eine artenreiche Blühwiese eingesät werden. Der Beirat Neustadt begrüßt dies als eine besondere Aufwertung des neuen Verkehrszuges. Er sieht die Neupflanzungen darüber hinaus auch als einen weiteren wertvollen Schritt, um neben dem Kampf gegen die Klimakrise selbst auch möglichst viele Maßnahmen umzusetzen, um die jetzt schon bestehenden und noch zu erwartenden Auswirkungen der Erderwärmung erträglicher zu machen. Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, dem Beirat bis Ende 2023 über den aktuellen Stand der Umsetzung zu berichten. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass bestehende Bäume weitestgehend erhalten werden. (11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 8. Stadtteilbudget Verkehr: Beschlussfassung zum Antrag auf Fahrradständer, Schachtisch und Tischtennisplatten in den Neustadtswallanlagen

Anmerkung: An der folgenden Abstimmung über die beiden vorliegenden Beschlussvorschläge hat Jens Oppermann nicht teilgenommen.

Beschluss: Der Beirat Neustadt unterstützt die Bürger*innenanfrage an UBB (Umweltbetrieb Bremen) zur Aufstellung von weiteren Fahrradbügeln und neuen Schachtischen in den Neustadtswallanlagen. Die Standorte wurden bereits von UBB und SKUMS geprüft. Demnach sollen folgende Standorte für die Umsetzung genutzt werden:

1. Aufbau von 10 zusätzlichen Fahrradständern beim Volleyballplatz
2. Aufbau von 7 zusätzlichen Fahrradständern am Eingang von der Langemarckstraße
3. Aufbau von 1 oder 2 Schachtischen am Rondell im Bereich Eingang Delmestraße

Der Beirat Neustadt stellt Stadtteilbudget in Höhe von 12.000 Euro zur Verfügung, um diese Vorhaben umzusetzen. (einstimmig)

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt die Bürger*innenanfrage an den UBB (Umweltbetrieb Bremen) zur Platzierung neuer Tischtennisplatten in den Neustadtwallanlagen. Auch die Anfrage an den Beirat zum Thema Fitnessgeräte für Senior*innen oder untrainierte Menschen stößt im Beirat auf Zustimmung. Für die Realisierung dieser Vorhaben ist der Beirat Neustadt bereit, Stadtteilbudget zur Verfügung zu stellen. Der Beirat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und den UBB um Vorschläge zur Auswahl und Platzierung dieser beiden Anliegen und gegebenenfalls einen Einblick in übergeordnete Konzepte zu Sportgeräten in öffentlichen Parks, die als Grundlage für die weitere Beschlussfassung dienen können. (Die weitere Bearbeitung soll im Ausschuss Soziales, Bildung, Jugend stattfinden.) (einstimmig)

TOP 9. Stadtteilbudget Verkehr: Beschlussfassung zum Antrag auf eine neue Sitzkombination in den Neustadtwallanlagen

Da der Tagesordnungspunkt auf eine Beschlussempfehlung des Fachausschusses Umwelt, Bau, Mobilität zurückgeht, zu der bislang kein ausformulierter Beschlussvorschlag vorliegt, schlägt der Ortsamtsleiter eine entsprechende Ausformulierung vor, über die im Anschluss abgestimmt wird.

An der folgenden Abstimmung hat das Beiratsmitglied Jens Oppermann nicht teilgenommen.

Beschluss: Gemäß der Empfehlung des Fachausschusses Umwelt, Bau, Mobilität folgt der Beirat dem Vorschlag vom Umweltbetrieb Bremen und finanziert eine neue Sitzkombination in den Neustadtwallanlagen aus dem Stadtteilbudget in Höhe von 5000,- € und bittet den Umweltbetrieb Bremen um die entsprechende Umsetzung. (einstimmig)

TOP 10. Verschiedenes

-

Ingo Mose
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Fionn Heinemann
Protokollführung